

STRATEGISCHE KONZEPTION DER PARTEI DER KOMMUNISTEN UNGARNS NACH DER NIEDERLAGE DER RÄTEREPIBLIK AUGUST 1919 – DEZEMBER 1919

VON

BÉLA KIRSCHNER

Am 1. August 1919 ging mit der Demission der Räteregierung die proletarische Revolution zu Ende. Die Diktatur des Proletariats wurde von der demokratisch-bürgerlichen Konterrevolution mit Hilfe der Interventionsmächte besiegt. Den Regentschaftsrat löste eine aus Rechtssozialisten gebildete Regierung ab, deren Präsident Gyula Peidl, und ihre Mitglieder Péter Ágoston, Antal Dovcsák, Ernő Garami, Győző Knoller, Sándor Garbai, Ferenc Knittelhoffer, Károly Peyser, József Haubrich, Imre Szabó, József Takács und Ferenc Miákits wurden.

Durch diese Wendung wurde es aber unerlässlich, dass die Kommunisten ihren Standpunkt bezüglich der zukünftigen Aufgaben zurechtlegen. Hierzu kam es bekanntlich schon am 1. August als Ergebnis jener Debatte, die sich anlässlich der gemeinsamen Sitzung des Regentschaftsrats und der Parteileitung in der Frage der Demission zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten beziehungsweise innerhalb der kommunistischen Führung entfaltet hat.

Die Kommunisten waren nämlich anfangs hinsichtlich dessen nicht einer Meinung, ob der Regentschaftsrat die Macht einer aus Sozialdemokraten zu bildenden Regierung übergeben soll. Die Differenz hing nicht damit zusammen, dass Béla Kun, Béla Szántó oder Tibor Szamuely mit der äußerst schwierigen militärischen und politischen Lage der Räterepublik nicht im Klaren gewesen wären. Dies beweisen nicht allein die an Lenin gerichteten, um eine Offensive der russischen Roten Armee bittenden Depeschen,¹ sondern auch ihre in der Sitzung gemachten Bemerkungen, welche auf eine hochgradige Labilität der Lage sowie auf die Desorganisation der Arbeiterschaft und der Armee hingewiesen haben.² Zu jener Zeit übersetzten die königlich rumänischen Truppen bereits die Theiss und errichteten am 30. und 31. Juli bedeutende Brückenköpfe. Die Führer der Rechtssozialisten aber machten sich den Vorschlag der Wiener Ententevertreter zu eigen, eine neue Übergangsregierung zu bilden.³

Der Standpunkt der Kommunisten beruhte neben dem am 31. Juli beschlossenen militärischen Gegenangriff auf ihrem Vertrauen in das politische Bewusstsein und die Opferwilligkeit der Arbeiterklasse. Kun brachte

dies im Aufwerfen jener Frage zum Ausdruck: sofern der Zentrale Revolutionäre Arbeiterrat zur Opferwilligkeit bereit sein wird, haben wir noch Aussicht auf Hoffnung, und in der Aufgabenbestimmung, wonach „der Arbeiterrat zur Opferwilligkeit aufzufordern ist, und an der Front neue Truppen benötigt werden“.⁴ Bei Szántó widerspiegelte sich dies in dem Antrag, dass die Entscheidung – genauso wie am 2. Mai – nicht der Regentschaftsrat, sondern der Zentrale Arbeiterrat treffen soll.⁵ Bei Szamuely hingegen in dem entschiedenen Anspruch, dass die Machtübergabe auf keinem Fall erfolgen soll, demgegenüber „muss man aus Transdanubien, aus der Theiss-gegend und von anderen Orten das Heer in Budapest konzentrieren und den Kampf auf den Barrikaden weiterführen.“⁶

Die an der Sitzung teilnehmenden übrigen kommunistischen Führer hingegen gingen davon aus, dass die Räterepublik militärisch und politisch zusammengebrochen sei. Diese Bewertung enthielt – kurz gefasst – folgende Zusammenhänge. Der Bestand der Räterepublik war mit den internationalen revolutionären Prozessen und der Hilfeleistung eng verknüpft. Diese realisierten sich jedoch nicht. Der Verlust des Gebietes jenseits der Theiss, die weitere Aufrechterhaltung der Blockade würden an sich zum Zusammenbruch führen. Gleichzeitig bekannte sich auch die Arbeiterklasse nicht mit entsprechender Entschlossenheit zur Diktatur des Proletariats, auch der Barrikadenkampf verspricht keinen Erfolg, weil ihn die Arbeiterschaft nicht wünscht. Gyula Lengyel formulierte sogar jene Folgerung, dass die Diktatur des Proletariats selbst im Falle eines militärischen Sieges zusammenbrechen würde. Diese Beurteilung, die übrigens sehr bezweifelbar ist, ergänzte sich mit der Voraussetzung, die Jenő Varga formulierte, dass sich nämlich das neue Regime nur einige Monate halten kann, und nach dem Zusammenbruch wieder die Arbeiterrevolution folgt.⁷ Die Grundlage hierzu bot jene Hoffnung, dass die Sozialdemokraten sämtliche wirtschaftlichen Massnahmen der Räteregierung bis zur Konstituierung des endgültigen Regierung aufrechterhalten werden. Sie rechneten damit, dass die Arbeiterklasse bis dahin aus ihrer Starrheit zu sich kommt und es klar sehen wird, dass die Diktatur des Proletariats ihre Interessen vertreten hat, und zu Beginn der Vernichtung der wirtschaftlichen Errungenschaften sich infolge der organisatorischen Arbeit der Kommunisten für die neue Revolution verpflichten wird.⁸

Von den beiden gegensätzlichen Beurteilungen der Lage gewann schliesslich die letztere die Oberhand. Einerseits drohten die rechtssozialistischen Führer mit der Aufwiegelung der Fabriksarbeiterschaft, andererseits berichtete Haubrich aufgrund der vom Hauptquartier erhaltenen Meldung, dass sich die Front aufgelöst hat, und forderte die Demission der kommunistischen Regierung sowie die Übergabe der Macht an eine aus sozialdemokratischen Gewerkschaftsmännern bestehenden Regierung.⁹

Mit der Abdankung von der Regierungsgewalt kam hingegen naturgemäss jene falsche sozialdemokratische Ansicht in den Vordergrund, wonach die Arbeiterklasse nicht mehr bereit ist für die Räterepublik zu kämpfen. Kun formulierte dies in der am Nachmittag abgehaltenen Sitzung des Zentralen Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrats – wo es zur Ankün-

digung der Demission kam — so, dass wenn es auch keine Möglichkeit für einen Übergang zum Sozialismus gegeben hätte, wäre es doch nicht zu einem solchen Sturz der Diktatur des Proletariats gekommen, indem die Proletarierschichten selbstbewusst sind. Den Versuch eines Barrikadenkampfes hätte man wagen müssen. Dem folgte jene Bemerkung, dass diese Art und Weise der Demission — nicht so wie in Finnland im Mai 1918 — das sofortige Auftreten eines offenen Terrors hoffentlich verzögern werde.

Diese Möglichkeit beurteilte aber Kun für sehr problematisch. Gleichsam zur Bekräftigung dessen grenzte er sich scharf von den sozialdemokratischen Illusionen ab, und auch von der Vorstellung einzelner Kommunisten, indem er erklärte, dass die Regierung nur ein Übergang zum offenen Terror sein kann. Und indem er es für unmöglich hielt, dass die Arbeiterschaft an der Regierung überhaupt teilnehmen könne, fügte er auch das hinzu, dass die Bourgeoisdiktatur auch die Sozialdemokraten nicht schonender behandeln wird. Ebenso nahm er auch die Voraussetzung mit Vorbehalt auf, dass die Zeitspanne während der Gewerkschaftsregierung nicht alle Möglichkeiten einer kommunistischen Tätigkeit hinanhalten wird, des Übergangs abseits stehen werden, sofern es möglich ist, werden sie die Klasseneinheit aufrechterhalten, wenn nicht, dann werden sie mit anderen Mitteln kämpfen.¹⁰

Seine Bemerkung bezüglich des Abseitsstehens der Kommunisten ergänzte sich dann mit der Bestimmung der zukünftigen politischen Richtlinie, deren Inhalt einer Vorbereitung für eine neuerliche Diktatur des Proletariats gleichkam. Zu den Verbindungen dieser neuerlichen Revolution zählte Kun — ohne dies eingehender zu erörtern — bloss die Erfahrungen, die realeren Umstände und das reifere Proletariat. Die Vorbereitungsmöglichkeiten für diese Aufgabe aber bestimmte er darin, dass ein „bitterer, dauernder Revolutionszustand“ zu erwarten sei, in dem wahrlich niemand regieren können wird, indem das Proletariat mit jeder Übergangsformation, ganz besonders aber mit einer Diktatur der Bourgeoisie unzufrieden sein wird.¹¹

Welche Folgerungen können hieraus gezogen werden?

Auf keinem Fall die, dass die in der Beurteilung der Lage in erscheinung tretenden Unterschiedlichkeiten vor den kommunistischen Leitern die Tatsache verdunkelt hätten, dass ein neuer Reaktionsprozess begonnen hat. Sie rechneten alle damit, dass die Diktatur des Proletariats von irgendeiner Form der Diktatur der Bourgeoisie abgelöst wird, die jedoch bei Kun eine entschiedenere Gestalt annahm, — dies stimmte übrigens auch mit einer realeren Ermessung der Lage überein —, als er von einem unvermeidlichen Übergang zum Weissen Terror sprach. Der wesentliche Unterschied, der sich in der Beurteilung einer Realisierung des Auswegs abzeichnete, war die Folge ähnlicher Überlegungen. Die Bestimmung des Verhältnisses zur Gewerkschaftsregierung widerspiegelte jenen Umstand, dass die Kommunisten damals zwei Möglichkeiten in Erwägung zogen. Falls die Sozialdemokraten die Fäden zu den Kommunisten, die sich für die Dauer des Übergangs abseits stellten, — nicht zerrißen, dann bleibt die Klassen-

einheit aufrecht. Wenn es aber hierzu kommt, dann beginnt auch die Widersetzung gegenüber den Sozialdemokraten.

Die eventuelle Aufrechterhaltung der Klasseneinheit beruhte wahrscheinlich auf der Überlegung, dass auch die Sozialdemokraten kein anderes Schicksal erwartet, das Proletariat aber mit ihnen in Konflikt gerät. Das heisst, dass Kun's Worte auch so ausgelegt werden können, wonach die sozialdemokratische Führung durch die Folgen der Demission zur abermaligen Bejahung der Diktatur des Proletariats gelangen könne. Indem nämlich Kun von der Neutralität und der Aufrechterhaltung oder dem Erlöschen der Klasseneinheit sprach, verband er dies unzweideutig mit einem neuerlichen Kampf um die Diktatur des Proletariats.¹²

Der 1. August ist dementsprechend nach der Auffassung Kun's das Zeichen einer vorläufigen Niederlage der Revolution des Proletariats. Die demokratische konterrevolutionäre Phase aber gilt als Übergang zur offenen Diktatur der Bourgeoisie, zugleich aber auch als Terrain des neuen Kampfes für die Revolution des Proletariats, wobei die strategische Linie der neuen Revolution des Proletariats für die Epoche des Übergangs zur offenen Diktatur der Bourgeoisie für die Kommunisten bestimmend ist. Diese Folgerung wurde durch den Gang der Ereignisse nur zu bald eindeutig.

Aus der Tatsache, dass am 6. August die offene Reaktion die oberhand gewann, die mit dem Entfallen des erwarteten „längeren revolutionären Zustands“ einherging, zogen die Kommunisten keine solche Folgerung, dass die am 1. August bestimmte strategische Richtlinie zu ändern sei.¹³ Zu einer eingehenden theoretisch-politischen Begründung kam es aber erst einige Monate später in jener Studie, die Béla Kun am 7. November 1929 in seiner Emigration zu Karlstein beendet hat, wo er seitens der österreichischen Regierung mit mehreren kommunistischen Leitern zusammen interniert wurde.

Kun ging in seiner Arbeit, die den Titel „Von Revolution zu Revolution“ trug, aus allgemeinen internationalen Zusammenhängen aus. Dieser Zusammenhang war mit der Tatsache des Imperialismus verknüpft. Demnach ändert sich die Aufgabe des ungarischen Proletariats infolgedessen, dass der in Auflösung befindliche Kapitalismus den Klassenkampf in die Phase der letzten Entscheidung brachte, nicht. Das sozialdemokratische Versagen ist — infolge der Durchsetzung dieser Gesetzmässigkeit — auch nur ein Beweis dessen, dass „der Vorgang der Revolution bloss eine solche Aufstellung des Problems duldet, die so lautet: Diktatur des Proletariats oder Diktatur der Bourgeoisie.“¹⁴ Das Wesen dieser Fragestellung brachte er auch damals zum Ausdruck, als er die Ungeschminktheit der Diktatur der Bürokratie des Bourgeoisstaates, der Exekutive und des Offiziercorps der „Produktionsinteressen verkündenden“, in Wirklichkeit aber die Wiederherstellung der ungarischen kapitalistischen Produktion dienenden Bestrebung der Gewerkschaftsregierung gegenüberstellte.¹⁵ Folglich erfordert die Tatsache, dass die demokratische Konterrevolution die Waffe den Händen des Proletariats entriss, keine Änderung der Richtlinie, wie auch das nicht — schreibt er an einer anderen Stelle —, wenn die Bourgeoi-

sie die Sozialdemokratie doch in die Regierung einbeziehen sollte. Denn die Bourgeoisie gibt die starre und offene Form der Diktatur — bei Beibehalt der unumschränkten Macht — dann auf, „wenn die Arbeiterpartei selbst auch bereit ist das Erbe des Weissen Terrors: die Verteidigung des Parasitendaseins des Privateigentums, der Bourgeoisie und der Bürokratie des Bourgeoisstaates mit allen Mitteln zu übernehmen. Nach dem Weissen Terror kann nur die Demokratie in ihrer Noske'schen Form folgen.“¹⁶ Doch der Sieg der Konterrevolution — fügte er hinzu — ändert sehr bedeutend die Bedingungen einer Realisierung der seitens der Kommunisten bekannten Richtlinie. Und zwar damit, dass er die Revolution des ungarischen Proletariats von der Revolution des Proletariats im Westen abhängig macht. Mit der Niederlage stürzt also jene Brücke ein, über die — wie es schien — die Richtung der Revolution in den Westen einzieht, andererseits erlischt auch jene Selbständigkeit, die das ungarische Proletariat in der internationalen Arbeiterbewegung gespielt hat.¹⁷ Dementsprechend — schreibt Kun ferner — „ist es — in Anbetracht der Kräfteverhältnisse des internationalen Klassenkampfes — sehr wahrscheinlich, dass eine neuerliche revolutionäre Umgestaltung in Ungarn das revolutionäre Auftreten der Arbeiterschaft Deutschlands, mit seinem entwickelten Kapitalismus, und Italiens, das kräftig in Richtung der Reife der Proletarierrevolution schreitet, begleiten wird.“¹⁸ Das heisst, dass dieser Auffassung gemäss zum Ausbruch der ungarischen Revolution die westlichen Revolutionen den Anstoss, den Auftakt geben werden, was aber der veränderten historischen Lage zufolge zum Heranreifen der Gegensätze zur Revolution unerlässlich ist. Die Bindung an die Revolutionen des Proletariats im Westen war aber nur darum möglich, weil in Ungarn jene inneren Bedingungen vorhanden oder im Reifen waren, deren Resultierende die Revolution des Proletariats ist. In dieser Hinsicht war die wirtschaftliche Bedingung der Revolution in zwei Approximationen zugegen. Die erste polymisierte mit jenem vormärzlichen Argument der Sozialdemokraten, wonach die wirtschaftlichen Bedingungen für die Revolution in Ungarn noch nicht ausgereift waren. Im Gegenteil — schrieb er — ist die Tatsache, dass die kapitalistische Klasse vor dem 21. März unfähig war die Organisation der Produktion zu lösen, und als demgegenüber „die Arbeiterklasse sich zur Erfüllung ihrer historischen Berufung für bereit erwies und auch ihren diesbezüglichen Willen zum Ausdruck brachte, ein Beweis dessen, dass die Arbeiterschaft als Klasse zur Übernahme und Ausübung der Macht historisch nicht unreif ist.“¹⁹ Eine ganz andere Frage ist die — fügte er hinzu —, dass vom Gesichtspunkt der kommunistischen Partei aus die Proletarierdiktatur tatsächlich verfrüht war, indem sie die Institutionalisierung der Räterepublik unvorbereitet traf, darum, weil sie sich in der sozialdemokratischen Partei auflöste und dadurch unfähig wurde die Saboteure der Massnahmen zu entfernen.²⁰ Die andere knüpfte sich an die Bedingung, dass die neuerliche sozialistische Organisation der Produktion auf einer herabgekommenen wirtschaftlichen Grundlage beginnen kann. Kun rechnete nämlich damit, dass die Bourgeoisie ausserstande sein wird in Ungarn auch nur in dem Ausmass die Produktion zu organisieren, wie unmittelbar nach dem Krieg,

daher die Wiederbelebung des Kapitalismus, die Realisierung des wirtschaftlichen Gleichgewichts und der normalen Produktion unmöglich sein wird. Um so mehr, da das Proletariat auch in Fällen anderer Länder einer ähnlichen Lage gegenübergestellt sein wird. Somit — zieht er die Schlussfolgerung — gibt es keine solche abweichende Ursache, demnach das ungarische Proletariat seine Taktik von den internationalen revolutionären Bewegungen des Proletariats unabhängig machen müsste, Aufgrund dessen formulierte er auch die folgende, keineswegs problemfreie These: „Der Kommunismus bedeutet wohl eine Fülle, aber die geschichtliche Notwendigkeit führt die Arbeiterklasse durch die sieben mageren Jahre ins Reich des Kommunismus.“²¹

Unter den politischen Bedingungen der Revolution nannte Kun als erste das Gegenüberstehen der Arbeiterklasse der Konterrevolution. Doch bemerkte er auch, dass sie trotz ihrer revolutionären Vergangenheit einstweilen ohne Führer und ohne Orientierung dasteht,²² obwohl die konkrete geschichtliche Situation die Frage der Proletarierrevolution anders, in einer neuen Weise aufwirft als im März 1919. Diesbezüglich wies er auf folgendes hin: „1. Es ist zu verhindern, dass die Bourgeoisie mit Hilfe ihrer sozialdemokratischen Lakaien die Machtorganisation des Bourgeoisstaates ungestört ausnutzen könne im Interesse des Wiederaufbaus der kapitalistischen Produktion; 2. man muss sich organisatorisch auf die neue Phase der Proletarierrevolution vorbereiten, damit das revolutionäre Proletariat nicht gezwungen sei die zu übernehmende Macht mit den sozialdemokratischen Lakaien zu teilen; 3. das Proletariat ist zu diesem Zweck ideologisch und organisatorisch vorzubereiten, damit es die Übernahme der Staatsgewalt nicht — ähnlich wie im März — unerwartet treffe.“²³ Einige Seiten weiter fügte er dem letzteren auch das hinzu, dass wenn die Übernahme der Macht hinsichtlich der Todesreife des Kapitalismus oder auch des Kräfteverhältnisses der Klassen nicht verfrüht ist, ist doch hinsichtlich des zu wählenden Augenblicks die organisatorische, ideologische Vorbereitung unbedingt ein wichtiger Faktor.²⁴ Mit anderen Worten: die neue ungarische Proletarierrevolution und die Erhaltung der zukünftigen Macht hängen davon ab, ob das Proletariat eine wirksame Rolle in der Verhinderung des kapitalistischen Produktionsprozesses spielen kann, und ob es eine solche Situation schaffen wird, die eine neuerliche 1919er Vereinigung überflüssig macht.

Die Bestimmung des Verhältnisses zur Sozialdemokratie, das Kun — wie dies aus einer Polemik mit Radek im Frühjahr 1920 hervorgeht — nicht für international allgemein gültig hielt,²⁵ beruhte nur zum Teil auf den Erfahrungen der Räterepublik und der demokratischen Konterrevolution vom August. Eine bedeutende Rolle spielte auch ihre politische Tätigkeit vor den Revolutionen und nach der Niederlage im August. Hinsichtlich der letzteren wies er vor allem auf den seitens der sozialdemokratischen Führung proklamierten Frieden zwischen den Klassen,²⁶ auf die Propagandarbeit zwecks Wiederherstellung der Produktion,²⁷ und auf jene Manöver hin, welche die Ergatterung von Regierungspositionen fördern sollten.²⁸

Als Kun die sozialdemokratische Führung tadelte, liess er die objektiven Verhältnisse nicht ausser acht. Er verurteilte sie in erster Linie nicht darum, weil sie die Proletarierrevolution verraten haben, sondern wegen ihrer Praxis einer Zusammenarbeit der Klassen. Dies kam in seiner wiederholt betonten Feststellung zum Ausdruck, dass der Verlust der Diktatur nicht so ausgelegt werden darf, wonach die Arbeiterklasse nunmehr bloss Zuschauer des Klassenkampfes sein kann, ihre Rolle kann keine andere sein, wie das Zustandebringen einer Zusammenarbeit der Klassen.²⁹

Die sozialdemokratische Führung sah sich im August und in den folgenden Monaten tatsächlich zwei Wegen gegenüber. Gestützt auf die Arbeiterklasse entweder jede Gemeinschaft mit der offenen Konterrevolution zu verneinen, oder diese – wenn auch mit Vorbehalten – zu unterstützen. Ein Versuch der Realisierung eines Mittelweges, könnte nur zum Misserfolg führen.³⁰ Diese auf eine Verwirklichung der bürgerlichen Demokratie ausgerichtete Linie vertraten – bekanntlich – Garami und seine Gruppe und diese beruhte auf der Hoffnung einer Unterstützung seitens der Entente und der Idee einer Zusammenarbeit mit den liberalen Oppositionsparteien. Der Gruppe Friedrichs gegenüber traten nämlich nicht allein der Bethlen-Teleki'sche konservativ gefärbte Flügel der herrschenden Klassen und das sich von der Szegeder Regierung unabhängig gemachte, die extreme Reaktion vertretende Oberkommando, an der Spitze mit Horthy, mit Machtansprüchen auf, sondern auch die Parteien, welche die unteren Schichten des Kleinbürgertums, die Mittelschichten und einen Teil der Grossbourgeoisie vertraten.³¹ Obwohl sich die Regierung Friedrich am 15. August umgebildet, und am 23. August Erzherzog Josef von seinem Amt als Reichsverweser – vor allem auf Druck der Entente – abgedankt hat, änderte sich an der Lage im wesentlichen nichts. Im Gegenteil, aus der sich am 25. August abermals umgebildeten Regierung Friedrichs blieben die liberalen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Vertreter aus. Dies erfolgte um einen Tag später, als dass die sozialdemokratische Partei in ihrer Umgestaltungsversammlung, die sich von den Kommunisten und der Räterepublik scharf abgegrenzt hatte, der Beschluss gefasst wurde, wonach statt der Regierung Friedrichs eine neue Koalitionsregierung zu bilden sei, in die auch die sozialdemokratische Partei eintreten muss. Das begründete Garami damit, dass eine Wiederaufrichtung des Landes, sodann eine Zügelung des Weissen Terrors nur auf diese Weise möglich sei, und berief sich darauf, dass so die Sozialdemokraten an den Wahlen teilnehmen und eine bedeutende Anzahl von Stimmen gewinnen können.³² Wohl verliefen die hierauf folgenden Verhandlungen ergebnislos, hingegen kam Ende Oktober der liberale Block zustande: die Aktionsgemeinschaft der Sozialdemokratischen Partei, der Vázsonyi–Ugron–Bárczy'schen Nationaldemokratisch-Bürgerlichen Partei und der Nagyatádi'schen Kleinlandwirtpartei mit dem Zweck, der Hegemonie des christlichen Blocks das Gegengewicht zu halten. Diese Annäherung zwischen den liberalen Parteien und den Sozialdemokraten hing übrigens mit dem Eintreffen Sir George Clerks in Budapest am 23. Oktober zusammen, der mit dem Auftrag nach Ungarn kam den Auszug der rumänischen Truppen, den Einnarsch der

Horthy-Armee nach Budapest und die Bildung einer Konzentrationsregierung vorzubereiten, in die er auch die Vertreter der liberalen Gruppen und der sozialdemokratischen Partei einbeziehen wollte. Aber obwohl die sozialdemokratische Führung am 5. November dem Einmarsch der Horthy-Armee nach Budapest am 16. November zustimmte, gelang es ihr weder das zu erreichen, dass inzwischen die neue Regierung gebildet werde, noch das zu bewirken, dass Friedrich der Regierung fernbleibe. Gleichzeitig begann auch innerhalb des liberalen Blocks ein Zersetzungsprozess, was teils darauf zurückzuführen ist, dass es klar wurde, wonach die Entente den christlichen Block und Horthy unterstützt, teils weil sich bei einem beträchtlichen Teil der kleinbürgerlichen Schichten die Rechtsorientierung beschleunigte. Auch Nagyatádi brach seine Beziehungen zum liberalen Block ab.³³

Diese Situation führte dann in der sozialdemokratischen Führung zur Ausgestaltung eines solchen Standpunkts, den die Gruppe Vanczák, Peyer – Miákits vertraten –, wonach man in der neuen Regierung auch dann mitwirken müsse, wenn Friedrich Mitglied der Regierung bleibt, und wenn sie auch nur so viel erreichen, dass die Gewerkschaften ihre wirtschaftliche Tätigkeit ausüben können, wird für die Partei die Propagandaarbeit gesichert sein und ein Teil der verhafteten Arbeiter würde freigelassen werden.³⁴ Darauf folgte am 23. November der Eintritt Peyers und Miákits's in die Regierung Huszár, was gleichbedeutend damit war, dass die Parteileitung praktisch auch von der bürgerlichen Demokratie Abstand nahm, und auch objektiv Teilhaber eines politischen Prozesses wurde, der sich nicht allein gegen die revolutionäre, sondern auch gegen die opportunistische Arbeiterbewegung richtete, und mit der Kräftigung des konterrevolutionären Systems einherging.

Trotzdem kann nicht behauptet werden, dass der Bestimmung des Verhältnisses zur Sozialdemokratie und der Verurteilung der Sozialdemokratie im politischen Sinn in jeder Beziehung zugestimmt werden könnte. Kun charakterisierte nämlich aufgrund der Taktik und der Ansichten der Rechten nicht allein die Bürokratie der Partei und der Gewerkschaft, sondern die gesamte Partei und die ganze Gewerkschaft so, dass deren Rolle der Kirche ähnlich sei, das heisst, dass sie als eine Gewaltorganisation der Bourgeoisie zu betrachten sind.³⁵ Diese letztere Definition führte Kun in ihrer Grundlage auf den erreichten Reifegrad des Kapitalismus zurück, wo seiner Ansicht nach jene Bemerkung Engels', dass die revolutionäre Arbeiterbewegung Ende des vorigen Jahrhunderts die Anpassung an die Gesetzmäßigkeit ausgehalten hat, nun in dessen Gegenteil umgeschlagen hat, weil hier die Gesetzmäßigkeit bereits tötet. „Ganz besonders aber tötet sie in Ungarn, wo jede nicht revolutionäre Gestaltung der Arbeiterbewegung nach Wiedererstarkung der Bourgeoisie dem Ausbau der Gewaltorganisation der Bourgeoisie doppelt dient.“³⁶ Von der Anpassung an den legalen, gesetzlichen Rahmen, von der Einstellung der Arbeiterbewegung in den Dienst der Bourgeoisie erwartete er dennoch eine Ausweitung und Vertiefung der revolutionären Arbeiterbewegung, dadurch, dass eine der-

artige Politik den augenfälligen Beweis der Erfolglosigkeit, des Versagens der Gesetzlichkeit erbringen wird.¹⁷

Starr und einseitig war auch die Beurteilung des Zentrums, das von den in Emigration gegangenen Böhm, Garbai und Kunfi geleitet wurde, indem er nur die negativen Seiten ihrer Tätigkeit formulierte, und Kun nur darauf verwies, was sie mit der Rechten verbunden hat. Natürlich handelt es sich nicht darum, dass er sich auch darin geirrt hätte, als er erklärte: „Das vor der Revolution bestandene Zentrum der Arbeiterbewegung Ungarns ist erloschen. In denen das Wesentliche stärker war als die revolutionären Phrasen, die wurden durch die Erfahrungen der Diktatur sehr bald in das Lager der Kommunisten getrieben, die ewig Schwankenden legten ihre revolutionäre Maske ab und wurden zu Wegmachern und Fürsprechern der demokratischen Konterrevolution.“³⁸ Doch musste im Verhältnis zu ihnen nach der Machtübernahme der offenen konterrevolutionären Kräfte nicht nur ihr Verhalten während der Diktatur des Proletariats für massgebend betrachtet werden. Allerdings in einer anderen Zusammensetzung, doch kam immerhin ein neues Zentrum zustande, das sich zweifellos der Proletariatsdiktatur entgegenwandte, aber auf der Plattform der bürgerlichen Demokratie gleichzeitig auch dem Weissen Terror, der von Horthy geführten Konterrevolution. Somit war es ein Fehler dies nicht zur Kenntnis zu nehmen, und folglich die Abweisung jedweden Kompromisses mit ihnen, sie nur als Gegner zu bezeichnen und der völlige Bruch mit ihnen.³⁹

Aus den obigen Umständen ergab es sich eindeutig, dass Kun als grundlegende Aufgabe die Schaffung einer neuen revolutionären Partei hielt, die sich der zentristischen und rechtsorientierten Führung entgegenwandte, die in sämtlichen Lebensäusserungen der Arbeiterschaft wohlorganisiert auftreten und die Führung übernehmen muss, sei es dass es sich um die Gewerkschaften, um Lohnbewegungen, Streiks usw. handle. Zwecks Verwirklichung dessen bezeichnete er jedoch nicht allein die Gründung der Parteigruppen, sondern auch die Schaffung der kommunistischen Fraktionen für notwendig.⁴⁰ Dies alles bezeichnete er als Vorbedingung dafür, dass die Arbeiterklasse zur Schaffung der Proletariatsdiktatur vorbereitet werde. Die Organisation der revolutionären Arbeiterpartei und die ideologische Vorbereitung der Arbeiterschaft nahmen nämlich so viel Zeit jedenfalls in Anspruch, dass „die bereits organisierte und in Organisation begriffene revolutionäre Arbeiterbewegung des Westens ihren entscheidenden Kampf um die Übernahme der Staatsgewalt früher beginne, als dass die Kommunisten Ungarns ihre entscheidende Kampffähigkeit erreichen.“⁴¹

Eine neuerliche Schaffung der Diktatur des Proletariats hielt er hingegen nur durch einen bewaffneten Aufstand für realisierbar, was er ebenfalls mit der Wandlung der historischen Situation erklärte, von der er zwei Komponenten erwähnte. Die erste bezog sich darauf, dass die seitens der sozialdemokratischen Partei unterstützte Bourgeoisie nicht nochmals so leicht der Macht entsagen werde wie im März. „Sie wird das selbst dann nicht tun, wenn sich die internationalen Verhältnisse in einer anderen Form,

doch ebenso günstig gestalten, wie zur Zeit der Institutionalisierung der Diktatur.“ Die zweite wies auf die geänderte Lage der Sozialdemokratie hin. „Der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie graute es seinerzeit – kann man lesen – wie vor jeder entschiedenen und entschlossenen Rolle, auch vor der Rolle Noskes. Da sie aber die Bourgeoisie nach dem Sturz der Diktatur selbst im Schatten der Macht nicht dulden wird, allein in dieser Rolle, wird sich ihre Feigheit gewollt oder ungewollt zum Mut gegenüber der revolutionären Bewegung stählen, teils wegen der Bewaffnung der Bourgeoisie, teils wegen des Ausscheidens der mit den Kommunisten liebäugelnden Elementen aus der Partei.“⁴²

Als Vorbereitung zum Aufstand aber nannte er die Kontinuität des revolutionären Klassenkampfes, in dem – seiner Meinung nach – die organisatorische und ideologische Vorbereitung folgende Komponenten umfassen: „1. Vereinigung des revolutionären Proletariats in eine Kampforganisation, organisatorische Absonderung dieser von den Verrätern der Arbeiterschaft und vor allem die Schaffung eines revolutionären Vortrupps; 2. Aufklärung grosser Massen der Arbeiterklasse über die historische Notwendigkeit der Ergreifung der Staatsgewalt, über den Unterschied zwischen der Bourgeois-Demokratie und der Proletariatsdemokratie; über die praktische Notwendigkeit des Rätessystems gegenüber dem Parlamentarismus; 3. sowohl in der Industrie wie auch in der Landwirtschaft darnach trachten, dass sich die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft gegenüber der gewerkschaftlichen, sozialpolitischen Richtung, die den industriellen Frieden zu sichern wünscht, auf die Organisation einer Beeinflussung der Produktion richte; 4. den Interessen der organisatorischen und propagandistischen Vorbereitung ist jede Durchsetzung oder die Ausnutzung der Möglichkeit eines im Augenblick für vorteilhaft erscheinenden Interesses unterzuordnen.“⁴³ Elementar bestimmend er richtig die Massenaktionen nur als einen der entscheidenden Faktoren, mit denen – nach seiner Ansicht – das anscheinende Gleichgewicht der Gesellschaft und auch die Entwicklung einer solchen Situation verhindert werden kann, in der die Bourgeoisie ihre Gewaltorgane ungestört ausbauen könnte. Und da er – wie bereits erwähnt – die Auswahl des Augenblicks der Revolution nicht einfach von der Reife der Klassenverhältnisse, sondern auch von der organisatorischen und ideologischen Vorbereitung der Arbeiterklasse abhängig machte, bezeichnete er damals als unmittelbare Aufgabe der kommunistischen Partei in erster Linie die organisatorische Arbeit (einschliesslich der Aufrüstung) und die Propagandatätigkeit.⁴⁴ In Verbindung damit wies er die Putsch-Taktik zurück, deren Wert und Wirkung er mit dem winzigen geschäftlichen Faktierertum des Reformismus verglich.⁴⁵ Allerdings formulierte er zugleich zwei Ansichten, die sehr bestritten werden können und zum Widerspruch nötigen. Die eine lautete, dass die Durchführung der Machtergreifung „nicht Sache der gesamten, unter der Herrschaft der Bourgeoisie niemals völlig organisierbaren Klasse, sondern die der revolutionären Elite der Klasse ist.“⁴⁶ Die andere bestimmte unrichtig den Platz der sozialen Reformen im Klassenkampf, indem sie von vornherein einen Widerspruch zwischen dem Kampf für soziale Reformen und der These,

wonach das Interesse des revolutionären Handelns dem Kampf für die Erringung der Staatsgewalt unterzuordnen ist, voraussetzte.⁴⁷

Die Skizzierung der Eigenarten der neuen ungarischen Revolution bildete jedoch nur einen Aspekt der Analyse Kuns. Seine Arbeit „Von Revolution zu Revolution“ wandte nämlich eine gesteigerte Aufmerksamkeit auch jenen historischen Veränderungen zu, die durch die Niederlage der demokratischen Konterrevolution eingetreten sind. Das aber ging Hand in Hand damit, dass sich die Definition vom 1. August, die einen dauernden Revolutionszustand vorausgesetzt hat, namhaft änderte. Ein Anzeichen dessen war, dass die Studie über die zukünftige Massierung des revolutionären Proletariats als die Erreichung eines den Kommunisten noch bevorstehenden Ziels sprach, obwohl Kun die Möglichkeit dessen um vieles optimistischer beurteilte, als man dies voraussetzen konnte. Die Tendenzen und Umstände, welche die Realisierung dieses Prozesses kreuzten, in der Analyse ziemlich verloren gingen. Dadurch gewannen die drei Faktoren die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie geht mit der völligen Unterwerfung der Arbeiterklasse einher; der Kampf um die Ministerposten führt innerhalb der sozialdemokratischen Führung zu Gegensätzen; die internationale Arbeiterbewegung revolutioniert sich;⁴⁸ hinsichtlich der Gestaltung des neuen politischen Angesichts der Arbeiterklasse eine grössere Bedeutung, als es der geschichtlichen Lage entsprochen hätte.

Jene Beurteilung aber, wonach die Schaffung einer ständigen Regierungsform unvorstellbar ist, wurde durch die Alternative abgelöst, dass der Ausbau einer Bourgeois-Diktatur, und folglich auch irge eine Möglichkeit und Form des Regierens vorstellbar sind. Dementsprechend trat die Untersuchung des Charakters der Macht und der Gegensätze zwischen den konterrevolutionären Klassen und Gruppen in den Vordergrund.⁴⁹

Kun betrachtete das sich noch in Entwicklung befindliche Gewaltsystem, den Weissen Terror, als die Diktatur der Bourgeoisie, in der jedoch die Diktatur nicht unmittelbar von der Bourgeoisie, sondern im Namen der Bourgeoisie von der Bourgeois-Staatsbürokratie, der Exekutive und dem Offizierskorps, eine sich von den Kapitalisten unabhängig gemachte Gesellschaft von Parasiten ausgeübt wird, welche die Herrschaft der rohen, offenen Gewalt verkörpert. Und diese stützt sich auf solche, über spezielle Klasseninteressen nicht verfügende Schichten, wie das Kleinbürgertum, das Lumpenproletariat, die Lumpenbourgeoisie sowie „die erwachende Jugend der Bürokraten und Offiziersaspiranten“.⁵⁰

Die Selbständigkeit der Bürokratie und der Exekutive stellt – seiner Meinung nach – somit den Staat dar, der sich nicht allein von der Gänze des Volkes, sondern auch von den herrschenden Klassen selbständig gemacht hat, wo die Exekutive auch die Macht der Bürokratie nur so lange duldet, so lange ihre Parasiteninteressen mit den übrigen zusammenfallen.⁵¹ Diese Situation bewertete er in seinem Nachwort vom Januar 1920, mit gewissen Abweichungen, als eine Form des Bonapartismus. „Auch die Bourgeoisie vermag nur so lang frei zu atmen, so lang dies die beschützenden, aber zugleich würgenden Fäuste des Offizierskorps gestatten. So wie seinerzeit Napoleon III. entriss auch Horthy die Macht den Händen

der Kapitalisten unter dem Vorwand, dass er sie, die Bourgeois, vor den Arbeitern schütze. Den Händen der Arbeiter musste er — im Gegensatz zu Louis Bonaparte — die Macht nicht entreissen, weil die Führer der Sozialdemokratie ihn die Arbeiterschaft freiwillig ausliegerten ...⁵² Die Industriebourgeoisie — fügte er hinzu — gelangt deshalb nicht zur Macht, weil sie für den Unterhalt der weissen Armee keine ausreichende Garantie bieten kann. Die Militärdiktatur aber entspricht im übrigen den feudalen Grossgrundbesitzer-Elementen, die sich mit der Grossindustrie-Bourgeoisie durch die Banken schon längst zu einer Finanzaristokratie Vereinigt haben, da sie die Herrschaft gegenüber der Kleinbauernschaft und dem städtischen Kleinbürgertum nicht in Händen halten könnten. Die Militärdiktatur hingegen schützt das kapitalistische Eigentum genauso wie das feudale.³ (Die Bemerkung Kuns, wonach sich das Grossgrundbesitzer-Element mit der Grossindustrie-Bourgeoisie zu einer Finanzaristokratie vereinigt hat, war damals nicht identisch mit jener Auslegung, zu der es Ende der zwanziger Jahre kam. Dies geht ausser der Unterscheidung des feudalen Privateigentums auch aus dem Hinweis auf die Schwäche der Grossgrundbesitzer-Klasse hervor.)

Kun hatte recht, als er auch von den für den Bonapartismus charakteristischen Zügen sprach,⁵⁴ obwohl sein Standpunkt dem konkreten Inhalt der Macht nur zum Teil entsprach, und auch seine Bewertung war nicht genau, — wenn sie auch von jenem Standpunkt, der in der Mittel- und Kleinbourgeoisie die Inhaber der Macht erblickte, im bedeutenden Ausmass abwich —, indem er die Inhaber der politischen Macht bezeichnete. Trotzdem irrte er sich nicht allzusehr. Zumindest in dem Sinne nicht, dass auf dem Gebiet der Macht in der gegebenen Situation die Offiziersgarde, das Heer, wenn auch nicht ein alles entscheidender, doch immerhin in vielen Beziehungen ein Faktor bestimmenden Charakters war. Damals war der Kampf noch im Gange, dass von den verschiedenen Gruppierungen des konterrevolutionären Lagers in die Hände welcher die Klasse der Grossgrundbesitzer und die politische Macht zur Sicherung der Diktatur der Bourgeoisie endgültig gelangen wird. Somit brachten deren Gegensätze, das unterschiedliche Gewicht ihrer Positionen von den „normalen“ abweichenden Bedingungen der politischen Machtausübung zustande. Deshalb änderte sich jedoch nicht allein die Praxis der politischen Machtausübung, sondern auch jene Gruppen erhielten eine grössere politische Rolle, die ehemals in den Vollzugsorganen der Macht funktionierten, nun aber mit bedeutenderen Ansprüchen auftraten, im Stand der Grosskapitalisten-Grossgrundbesitzer eine neue Gruppierung wünschten, was diese beiden leitenden Klassen der Konterrevolution notgedrungen auch berücksichtigen mussten.⁵⁴ Dies war der Grund dessen, dass die Rolle der beiden herrschenden Klassen im Mechanismus des Funktionierens der politischen Macht im Vergleich zur Zeit vor 1918 einigermaßen abwich, das sie aber zur Kenntnis nahmen, da es für sie damals eine zweitrangige Frage war, dass die Machtstruktur nicht restlos dem traditionellen Aufbau folgte, dass ihre Macht keine ausschliessliche ist, dass sie auch mit solchen Bestrebungen rechnen müssen, die die grundlegenden Eckpfeiler ihrer Posi-

tionen wohl nicht gefährden, aber die Durchsetzung ihrer Interessen immerhin in mannigfachen Beziehungen erschweren, und wenn sie auch den Aufbau der politischen Interessensphären nicht grundlegend ändern, aber sie modifizieren ihn, und die Anordnung der Verbindungsklammern.

Auch jene Feststellung der Studie, dass innerhalb der allgemeinen Interessen bedeutende Gegensätze zwischen der Klasse der Bourgeoisie und Grossgrundbesitzer und dem Offizierskorps der Bürokratie bestehen (weil der normale Fortlauf, die Bedingungen der Produktion durch den Exekutivcharakter des Staates gefährdet sind, da es ihm an grundlegenden wirtschaftlichen Beziehungen mangelt, „eher dem Selbstzweck als den Interessen der kapitalistischen Wirtschaft dient“), die durch die Königsfrage, die Ungelöstheit des Bodenproblems und die Machtbestrebungen der Kleinlandwirtpartei noch ergänzt und weiter kompliziert werden, beruhte in vieler Hinsicht auf realen Tatsachen. Die mit dem oben erwähnten Einfluss der Exekutive zusammenhängende Bemerkung, dass die Macht nicht als „wahrliche kapitalistische“ Macht betrachtet werden kann,⁵⁶ kann auch nicht anders bewertet werden als ein Ausdruck jener neuen Erscheinung, wonach die in der Machtstruktur eingetretene Veränderung nicht völlig jenem Bild entspricht, das die kapitalistische Ordnung bisher produziert hat. Bestritt doch die Bewertung „nicht wahrliche kapitalistische Macht“ weder den Bourgeois-Charakter der Diktatur, noch den der Konterrevolution. Béla Kun hielt auch das nicht für ausgeschlossen, dass die Finanzaristokratie und Grossindustrie-Bourgeoisie, die momentanen Verwalter der Macht aus aussenpolitischen Gründen und zwecks Schaffung geregelter Verhältnisse den offenen „Weissen Terror“ liquidieren und die Macht übernehmen werden.⁵⁷ Im „Nachwort“ änderte er aber diese Annahme, indem er zu der Schlussfolgerung gelangt, dass sich die demokratische Form der Klassenherrschaft infolge der allmählichen Abwendung der Bauernschaft vom System nicht entwickeln kann, ungeachtet dessen, dass sie auch ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht boten.⁵⁸

Die theoretisch-politische Begründung der Diktatur des Proletariats und die Bestimmung der Aufgaben waren aber mit der theoretisch-politischen Arbeit Kuns noch nicht abgeschlossen. Allerdings bemerkte die ungarische Gruppe der K/b/PR in ihrem Beschluss vom 11. november 1919 nur so viel, dass es die Näherung der internationalen Proletarierrevolution dem ungarischen Proletariat ermöglicht seine Macht zurückzugewinnen und seine Fehler gut zu machen. Die Hauptbedingung dessen war die Schaffung einer starken, von Opportunisten freie, kommunistischen Partei.⁵⁹ Aber schon im Dezember 1919 erstellte Endre Rudnyánszky jene Thesen, die der Konferenz vom März 1920 der in Sowjetrussland lebenden ungarischen kommunistischen Leiter zur Grundlage dienten. Die Diskussion der „Thesen“ im weiteren Kreis wurde – wie dies aus dem Rundschreiben der zentralen ungarischen Gruppe der K/b/PR vom 6. Februar 1920 hervorging – dadurch notwendig, dass in Mittelsibirien Tausende von ungarischen Proletariern befreit wurden und dies eine Ausweitung der revolutionären Tätigkeit ermöglichte. Zugleich bewertete man die Situation – infolge des Aufflommens der Arbeiterbewegung an den westlichen

Grenzen Sowjetrusslands — so, dass sich die Chance für eine Wiederrichtung der Ungarischen Räterepublik günstiger gestaltet hat, was wiederum eine Beschleunigung des Zustandekommens der Ungarischen Avantgarde erfordert.⁶⁰

Die „Thesen“ näherten sich dem Problemenkreis der strategischen Linie in vielen Beziehungen anders⁶¹ wie die Studie Kuns. Der Unterschied lag nicht im Ausgangspunkt. Auch die „Thesen“ erklärten die Notwendigkeit der Revolution des ungarischen Proletariats mit dem Versagen des Kapitalismus. Doch während Kun bei der blossen Feststellung beharrte, erfolgte hier eine eingehendere — wenn auch nicht genügende und auch nicht problemenfreie — Skizzierung dessen, die folgendes enthielt: „bereits der Krieg begann die Unterminierung des Kapitalismus, welche die Revolution vom Oktober–November ausweitete, als die kapitalistische Produktion ihre Roh- und Heizmaterialquellen verlor, dem dann die rumänische Verheerung die Krone aufsetzte. Damit — besagen die „Thesen“ — erlosch die Wiedergeburt endgültig. Zugleich „ging Ungarn auf dem Gebiet der Agrarproduktion in einem sehr geringen Ausmass zur kapitalistischen Bodenkultur über, die genauso wie die überwiegend vorherrschende gutsherrlich-adelige Agrarproduktion gegenüber dem Ansturm der besitzlosen Bauernschaft nur mit Mühe und Not standhalten kann“. Gleichzeitig aber ging infolge Einstellung der Auswanderung nach Amerika und der Zunahme der Arbeitslosigkeit das Sicherungsventil, das die Unzufriedenheit ableiten konnte, verloren. Dadurch — ziehen die „Thesen“ die Schlussfolgerung — sind in den „inneren Wirtschaftsverhältnissen“ Ungarns die Bedingungen gegeben, die zur Änderung der industriellen und landwirtschaftlichen kapitalistischen gutsherrlichen Ordnung notwendig sind.“⁶² Diese Feststellung ist jedoch mit dem Zusammenhang gepaart gewesen, dass die Proletarierrevolution in jedem Land, so auch in Ungarn, unvermeidlich ist, und in einem oder in einzelnen Ländern nicht völlig siegen kann“, weil in der Weltwirtschaft alle grösseren und kleineren produzierenden Länder miteinander verbunden und aufeinander angewiesen sind.“⁶³ Dieser Auslegung gemäss wird also die ungarische Revolution das Ergebnis eines zweifachen Prozesses sein, der sich aus der Identität der Wirtschaftsprozesse, dem Versagen des Kapitalismus und daraus ergibt, dass der vollständige Sieg der Proletarierrevolution ohne die Proletarierrevolution anderer Länder unvorstellbar ist. Hierzu kommt aber gemäss der „Thesen“ in Ungarn eine spezielle Ursache. Und zwar die, dass das Proletariat-Ungarn wegen seiner kleinen Fläche und des Mangels an den nötigen Rohstoffen usw. weder der Invasion, noch des wirtschaftlichen Aufbaus Herr werden könnte. Aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen konnte man hingegen nicht damit rechnen, dass es aus purer Solidarität in irgendeinem Nachbarland zu einer Revolution kommt. Eben deshalb — besagen die „Thesen“ — muss man darnach trachten, dass sich das revolutionäre Auftreten der ungarischen Arbeiter, Armbauern und der Kleinlandwirtschaft der Proletarierrevolution koordiniere, durch eine — ihren Verhältnissen zufolge — den am nächsten stehenden nachbarländern ähnliche Bewegung. Das aber muss dann zu einem regionalen Bündnis führen, da-

mit in der ersten Zeit des Klassenkampfes und des sozialistischen Aufbaus die Mitglieder des Bündnisses eine der mit den notwendigsten Mitteln versorgen⁶⁴

Während Kun die Verwirklichung einer neuerlichen ungarischen Proletariendiktatur von den zu erwartenden Revolutionen im Westen abhängig machte, denen die ungarische folgen wird, entfällt in den „Thesen“ diese Einschränkung. An deren Stelle tritt eine andere Bedingung: die gleichzeitige Revolution des Proletariats in den benachbarten national-demokratischen Staaten.

Die „Thesen“ stellten – ähnlich wie Kun – fest, dass im März 1919 die wirtschaftlichen Bedingungen für die Revolution des Proletariats gegeben waren. Dies aber figurierte bei der Begründung der Notwendigkeit einer neuerlichen Proletariendiktatur nur als einer der Faktoren. Der andere Faktor war eine eigenartige Adaptation der von der Lenin'schen Erklärung der „Aprilthesen“ gezogenen Folgerung, deren Anwendung wohl absurd war, aber immerhin auch positive Elemente enthielt. Laut Definition der „Thesen“ war nämlich im März 1929 die allgemeine nationale Revolution noch nicht beendet. Und da es der Bourgeoisie gelang sich in die Räterepublik einzubauen und mit der Entente Beziehungen aufzunehmen, war ihr die Möglichkeit geboten ihren nationalen revolutionären Zielen zu folgen. Somit war die dem Sturz der Räterepublik folgende Reaktion die Krönung der Bourgeois-Revolution, indem die Macht der Grossgrundbesitzer, Gutsherren und Grosskapitalisten erst vier Monate später in die Hände „der Bourgeoisie und der verbourgeoiserten Gutsbesitzer und reichen Bauern“ überging. Dementsprechend ist die Regierung Huszár-Friedrich-Peyer – den „Thesen“ gemäss – nichts anderes, als die Vertretung dieser neuen Klasse, im Gegensatz zur Regierung Károlyi, die eine Regierung der Grossgrundbesitzer- und Grosskapitalisten-Klassen sowie der Mittelbourgeoisie war. „Sofern also – zieht er die Schlussfolgerung – in Ungarn die Staatsgewalt tatsächlich erst jetzt in die Hände der neuen Klasse überging, ist die Bourgeois-nationale Revolution abgeschlossen.“⁶⁵

Diese eigenartige Annäherung, die übrigens als ein Einzelfall zu betrachten ist und in der kommunistischen Literatur auch später wieder erschien, gestaltete also die strategische Konzeption zu einem zweifellos vereinfachten Schema. Politisch rechnete sie nur mit einer herrschenden Klasse und beurteilte unrichtig den Charakter der ungarischen Landwirtschaft mit der Feststellung, dass sie nur in einem sehr geringen Ausmass zum kapitalistischen Bodenkultursystem überging, und in der Mehrzahl gutsherrliche, adelige Grundbesitze bestehen. Zugleich vernachlässigte er eine Prüfung der komplizierten Verhältnisse des konterrevolutionären Prozesses in Ungarn. Den „Thesen“ gemäss hingegen kann die neue Macht – die auf der Gewalt und der Unterstützung der Sozialdemokraten und der Entente aufgebaut ist – nur in Kampf gegen jede Färbung der Sozialdemokraten und ausschliesslich mit einem bewaffneten Aufstand gestürzt werden. Er rechnete auch damit, dass für eine demokratische Entwicklung keine Möglichkeit besteht.

Auch das Nachwort zu „Von Revolution zu Revolution“ bemerkte nur so viel von der Bauernschaft, dass die Regierung neben dem Kleinbür-

gertum nunmehr auch die Kleinbauernschaft von sich zu entfremden beginnt, weil sie gegenüber dem Dorf strengere Massnahmen trifft, was einerseits zu Gegensätzen zwischen dem städtischen Kleinbürgertum und der Bauernschaft führt, obwohl deren Koalition die Grundlage der christlich-nationalen Herrschaft war, anderseits dazu führt, dass „bereits Stimmen über die Notwendigkeit einer Diktatur der Bauernschaft laut werden.“ Und aus dieser Tatsache zog er — wie bereits erwähnt — nur jene Folgerung, dass sich die demokratische Form der demokratischen Klassenherrschaft nicht entwickeln kann.⁵⁶ Die „Thesen“ aber prüften die Bauernfrage wesentlich umfassender und sprach nicht von der Gewinnung der armen Bauernschaft allein, — wenn er auch als Verbündete in erster Linie die arme Bauernschaft betrachtete —, sondern ausdrücklich auch von jener der Kleinlandwirte-Schichten, wobei hingegen nicht die konkrete Lage, sondern die Erfahrungen der Räterepublik und der Entwicklung der russischen Revolution eine Rolle spielten. Damit hing jener Hinweis zusammen, dass der zukünftige Aufstand ein bewaffneter Aufstand nicht allein des Proletariats, sondern auch der werktätigen Klassen sein wird. Ja, er formulierte sogar jene Möglichkeit, — und auch das war ein Ergebnis der russischen Erfahrung —, dass man eventuell mit der bestehenden Bauernpartei ein Bündnis anbahnen muss, das — falls es sich realisiert — auch nach dem Sieg der Revolution aufrechterhalten werden muss.⁶⁷

Als Grundlage des Bündnisses mit der Bauernschaft bezeichnete er die Befriedigung des Landhungers der Bauernschichten. Dies wünschte er aber nicht durch eine Bodenverteilung zu verwirklichen, ungeachtet dessen, dass er bemerkt hat: während der Räterepublik entstand im Dorf infolge Ungelöstheit der Bodenfrage eine konterrevolutionäre Basis, was nicht ausser acht gelassen werden darf. Den „Thesen“ zufolge ist nämlich nicht das die Aufgabe, auf den in revolutionärer Weise eroberten Boden das Parteiprogramm: „die Bearbeitung des Bodens im Grossen, in gesellschaftlicher, gemeinschaftlicher Weise aufzugeben,⁶⁸ oder die Grenze des Privateigentums von hundert Joch zu erhöhen.⁶⁹ Im Gegenteil, das Proletariat muss darnach trachten, den auf revolutionären Weg „eroberten“ Boden, ohne die bisherigen Vorteile einer Bearbeitung im Grossen beiseite zu schieben, aufgrund eines einheitlichen Bewirtschaftungsplans zwecks Versorgung aller Werktätigen des Proletarierstaates bearbeiten zu lassen.“⁷⁰

Dieser Standpunkt unterschied sich nicht von der Agrarpolitik der Räterepublik. Zwei weitere Bemerkungen weisen hingegen auf neue Momente hin. Der letzteren Formulierung ging nämlich jene Voraussetzung voran, dass die auf revolutionärem Weg eroberten Felder in die Hände solcher Organisationen geraten wie die Landarbeitervereine oder revolutionäre Genossenschaften, revolutionäre Bauernparteiorganisationen, Bauernräte, an denen dann sämtliche Schichten des Dorfes bis zu den reichen Bauern teilnehmen werden. Eben deshalb — besagen die „Thesen“ — müssen innerhalb dieser Organisationen die Verbundenheit und Handlungsfähigkeit der Häusler, Tagelöhner und Zwergbauern rechtzeitig zustandegebracht werden, damit sie in den weiteren Phasen der Revolution verlässliche Stützen des Proletariats sein können.⁷¹ Hiervon kann auch jene Fol-

gerung gezogen werden, dass die Kommunisten es nicht völlig ausser acht gelassen haben, dass die Bodenfrage von den konkreten Umständen des zukünftigen Klassenkampfes nicht getrennt werden kann. Gleichzeitig rechneten die „Thesen“ in einem anderen Zusammenhang entschieden damit, dass „infolge des unbefriedigbaren Landhunger“ auch grössere Wirtschaften aufgeteilt werden können.⁷²

Einigermassen anders wie die theoretische Schrift Kuns beurteilten die „Thesen“ auch die Gewerkschaftsfrage. Auch hier dominiert die Gewinnung der Gewerkschaften, die Aufrechterhaltung der Einheit der Gewerkschaften, was auch jene Bemerkung bestätigt, dass die Verwirklichung der vorübergehenden Parole der Jahre 1918 – 1919, die auf die Neutralisierung der Gewerkschaften gezielt war, unmöglich ist. Dennoch schlossen sie auch die Errichtung von Gegengewerkschaften unter kommunistischer Leitung nicht aus.⁷³ Dies letztere war jedoch unzeitgemäss und aus der gewerkschaftlichen Entwicklung in Ungarn folgend undurchführbar, politisch verfehlt. Der Standpunkt in bezug auf die Gewerkschaften hing wahrscheinlich mit der Auslegung einer Kritik von Rudnyánszky's Artikel zusammen, der im September in der *Kommunistischeski International* erschienen war. Rudnyánszky zog nämlich aus der Rolle der Gewerkschaften während der Räterepublik jene Folgerung, dass die politischen Organisationen der Arbeiterklasse vor dem neueren Aufstand des ungarischen Proletariats von der Diktatur der Gewerkschaften unbedingt befreit werden müssen. Dies war seiner Meinung nach nicht deshalb notwendig, weil die Gewerkschaften etwa im allgemeinen unfähig gewesen wären zur Durchführung des Klassenkampfes, sondern deshalb, weil die ungarischen Gewerkschaften mit einem Opportunismus und einem Bourgeois-Geist durchdrungen waren, nicht an der Spitze des Proletarierheeres marschierten, sondern geradewegs „zur Vorhut der Konterrevolution wurden.“⁷⁴ Die Schriftleitung bezweifelte allerdings die rechts orientierte Rolle der ungarischen Gewerkschaften nicht, doch fügte sie hinzu, dass diese Tatsache kein Beweis dessen ist, dass die Gewerkschaften im allgemeinen überflüssig sind und andererseits müsse man berücksichtigen: „Die sich entwickelnde Revolution des Proletariats zerreisst die einst einheitlichen Gewerkschaften, die Gewerkschaftsbewegung wird neugeboren, sie trägt den Geist des Proletarierkampfes in sie hinein und verwandelt sie zu einer Stütze der Diktatur des Proletariats. Der gelben Gewerkschaftsinternationale entgehen.“⁷⁵

Hingegen war der Standpunkt der „Thesen“ bezüglich der Parlaments-tätigkeit eindeutig positiv, indem sie feststellen, dass aus der Parlaments-gegnerschaft der Kommunisten keineswegs ein Boykott des Parlaments folgt, weil die Teilnahme die Zweckmässigkeit entscheidet, sie schrieben vielmehr deren Ausnutzung vor, indem sie die Propagandaarbeit, die „Kanzel“ gewährleistet.⁷⁶

Endlich schliessen die „Thesen“ mit jener Schlussfolgerung, dass welche Staatsform auch in Ungarn zustandekommen sollte, muss man im Sinne des Kampfes für die Räterepublik, deren Stürzung erreichen.

Die Analyse und der Vergleich der beiden Dokumente ermöglicht über das bisherige hinausgehend einige andere, allgemeine Folgerungen. Vor allem die, dass sich der Standpunkt der Kommunisten dem konkreten Verlauf der Geschichte entsprechend geändert hat, wozu das entscheidende Motiv, ausser der Niederlage und einiger Lehren der Räterepublik, die Folgen des Sturzes der demokratischen Konterrevolution geliefert haben.

Die Unveränderlichkeit der strategischen Linie leiteten sie hingegen nicht von der Tatsache ab, dass in Ungarn schon einmal eine Proletarierrevolution war und man daher mit keiner anderen Möglichkeit rechnen kann. Dieser unrichtige Standpunkt formulierte sich erst später.

Trotzdem kann die Begründung der strategischen Linie theoretisch nicht für problemfrei betrachtet werden. Denn indem sie aufgrund der Prüfung der objektiven und subjektiven Bedingungen Ungarns zu der Folgerung gelangten, dass der Sieg der Konterrevolution die Möglichkeit einer neuerlichen ungarischen Proletarierrevolution bloss modifiziert und an andere Bedingungen gebunden hat wie im März 1919, fügten sie aus der Tatsache des Imperialismus einen solchen Zusammenhang hinzu, der die Elemente des Determinismus umfasste. Dies trat nicht in dem Sinn in Erscheinung, als ob sie die Notwendigkeit einer Entfaltung des wirtschaftlichen und politischen Kampfes verneint hätten. Es ist vielmehr in dem Sinn anzutreffen, dass sie das Gelingen zur Proletarierdiktatur im allgemeinen ohne Übergangsphasen vorausgesetzt haben. Sie berücksichtigten lediglich, dass der Imperialismus der Vorabend der sozialistischen Revolution ist, doch liessen sie ausser acht, dass bei Bestimmung der strategischen Linie eine Prüfung der politischen Gesellschaftsstruktur nicht vernachlässigt werden kann, somit ist der Zusammenhang zwischen dem Imperialismus und der strategischen Linie der Proletarierrevolution nicht automatisch oder nicht immer automatisch. Ungeachtet dessen, dass sich der politische Kampf in dieser Phase naturgemäss der Er kämpfung der Macht der Arbeiterklasse zuwendet, zum „Endziel“ strebt.

Demnach, wenn auch die Periode des internationalen Imperialismus und das Versagen des Kapitalismus in der strategischen Konzeption nur eines der Grundelemente bedeuteten, ist die strategische Linie der Proletarierrevolution bei den Kommunisten doch nicht bloss eine Folge der objektiven und subjektiven Bedingungen in Ungarn, deren Realisierung von der internationalen Revolution abhängt, sondern überhaupt auch ein sich aus der Tatsache des Imperialismus ergebender Standpunkt, den die rasche Niederlage der demokratischen Konterrevolution nur bekräftigt hat.

Doch entsprach wohl die politische Perspektive, die neue Revolution des Proletariats, als unmittelbare Zielsetzung, der neuen geschichtlichen Lage?

Indem wir dieses Problem aufwerfen, gehen wir natürlich nicht davon aus, dass das richtige strategische Ziel von vornherein alles entscheidet, dass aus der richtigen strategischen Konzeption eindeutig der Sieg der entfachten Revolution folgt. Dies entscheiden im Endergebnis die objektive Wirkung der Funktion der gesellschaftlichen Kräfte, der Kampf, denn wenn die Revolution auch völlig ausgereift ist, sind die revolutionären Klas-

sen nicht immer stark genug um die Revolution durchzuführen. Die richtige oder unrichtige Festlegung der strategischen Linie erleichtert oder erschwert hingegen in bedeutendem Ausmass den Einfluss der Parteipolitik auf die Massen, die Führung des Klassenkampfes. Und da die Strategie die wichtigsten Handlungsrichtungen der politischen Linie einer bestimmten geschichtlichen Periode zu bestimmen hat, sich die Lösung der Hauptwidersprüche der Gesellschaft zum Ziel setzen, die zur Lösung notwendigen Hauptkräfte bestimmen, den zu besiegenden Gegner bezeichnen muss, wird sie unbedingt zu einer wesentlichen, in vielen Fällen zu einer entscheidenden Bedingung des Prozesses des Klassenkampfes. Die strategische Linie muss sich jedoch stets nach dem Stand der objektiven Strategie richten, der das Ergebnis von objektiven Prozessen ist, bei dem man unter anderen drei wichtige Faktoren nicht ausser acht lassen darf: 1. Der objektiven Wirklichkeit widerspricht jede Ansicht, wonach durch die Anwendung einer, oder der Hauptparole einer geschichtlichen Periode die Wiedergeburt der wesentlichen Bedingungen einer anderen Periode gefördert werden kann. 2. Aus dem Imperialismus, der — wie bereits erwähnt — die konkreten objektiven Bedingungen für eine gesellschaftliche Wendung wohl zustandebringt, folgt noch nicht, dass die sozialistische Revolution wann immer möglich ist. 3. Es ist nicht immer jene strategische Linie die richtige, die mit den Hauptfragen des Übergangs zum Sozialismus rechnet, wenn sie auch von dem Gesichtspunkt aus zu bestimmen ist, dass sie die Phasen des Übergangs zur Revolution des Proletariats abkürze. Die Strategie ist nämlich nur mit einem Faden an einem bestimmten Grad der Wirtschaft gebunden, der andere Faden verbindet sie mit der Gewaltstruktur, den Formen und Organisationen des Staates, den politischen Verhältnissen, dementsprechend der Verteilung der entsprechenden Klassenstärke und den bestimmten internationalen Bedingungen.

Die marxistische Geschichtsschreibung entschied bereits die Antwort auf obige Frage, indem sie die seitens der Kommunisten bestimmte strategische Linie analysierte — und zwar im positiven Sinn; sie beruhte auf den drei folgenden Faktoren: Die Möglichkeit einer Revolution des Proletariats ist im internationalen Ausmass noch nicht entschieden; die Macht der ungarischen herrschenden Klassen war infolge der inneren Widersprüche nicht stabil genug, und die Möglichkeit eines neuen, umfassenderen Bündnisses war für die Kommunisten nicht gegeben; auch die Bedingungen einer Ausgestaltung der revolutionären Partei waren an die Revolution des Proletariats geknüpft, verbunden mit der Notwendigkeit der Verteidigung der Räterepublik.⁷⁷

Wohl besteht die Bedeutung von Änderungen des internationalen Klassenkampfes im allgemeinen darin, dass sie die Beschleunigung der aufgrund der inneren Kräfteverhältnisse der Klassen bestimmten strategischen Linie verlangsamten oder beschleunigten, erschweren oder erleichtern. Doch eben, weil ins Ungarn die bereits siegreiche Revolution durch die internationale Reaktion gestürzt wurde, spielte die Hilfe der internationalen revolutionären Kräfte die Rolle eines der wichtigsten strategischen Mittel. Gleichzeitig kann sich die strategische Linie mit dem Verlust der Macht

auch darum nicht unmittelbar ändern, weil es sich nicht sofort entscheidet, ob die Restaurationskräfte fähig sein werden ihrer Gegensätze Herr zu werden, und wie, in welcher Weise die Gewalt funktioniert. Aus dem allen ergeben sich zwei Folgerungen. Und zwar, dass das, den Determinismus anzeigende Elemente in der strategischen Linie damals praktisch keinen besonderen politischen Fehler darstellte, und das auch das eine Frage untergeordneter Bedeutung war, dass die Kommunisten hinsichtlich der verschiedenen Formen und Modalitäten der Bourgeois-Klassenherrschaft nur die Unterdrückung gegenüber der Arbeiterklasse hervorhoben.

Da se letztere Feststellung erfordert aber dennoch eine Zwischenbemerkung. Der konterrevolutionäre Prozess zeigte nämlich die Züge einer besonders reaktionären Machtstruktur an, und die geschichtliche Situation umfasste nicht allein die Möglichkeit einer revolutionären Lösung. Eben deshalb hätte – wenn auch in untergeordneter Weise – eine andere Alternative vorausgesetzt werden sollen, deren Einfügung in die strategische Konzeption ein späteres Zurechtfinden erleichtert hätte.

Wenn auch die Auffassung der strategischen Richtlinie – was das Wesentliche betrifft – im Kreise der ungarischen Kommunisten die gleiche war, muss doch noch bemerkt werden, dass sie auch wesentliche Differenzen enthielt, was sich in der Festlegung der internationalen Bedingungen einer neuerlichen ungarischen Revolution widerspiegelte. Eine solche Differenz trat auch in anderen Fragen zutage, so hinsichtlich der Machtstruktur, oder darin, dass während Kun den Weissen Terror als einen Faktor der Entwicklung der subjektiven Bedingung betrachtete, – nämlich sofern dieser den demokratischen Illusionen einen Schlag versetzt –, fördert die Ernüchterung aus den demokratischen Illusionen – den „Thesen“ gemäss – eine Teilnahme im Parlament. Auch die Sozialdemokratie verurteilten sie darum, weil sie die Teilnahme an den Wahlen vom Jahre 1920 zurückgewiesen hat, indem sich dadurch die Zeit verzögerte, dass es der Arbeiterklasse bewusst werde, dass mit einer wahlrechtlichen Demokratie das kapitalistische System nicht gestürzt werden kann.⁷⁸

Diese und andere Unterschiedlichkeiten der Ansichten bedeuteten auch, dass bei den Kommunisten neben den gleichen Ansichten zugleich auch nebeneinander und gegeneinander stehende Standpunkte anzutreffen waren, die sich im folgenden einander bald näherten, bald voneinander entfernten.

ANMERKUNGEN

¹ A magyar munkásmozgalom történetének válogatott dokumentumai (Ausgewählte Dokumente der Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung). Budapest, 1959. Bd. 6/b. S. 426–427 und 545–546.

² MSZMP KB Párttörténeti Intézetének Archivuma (Archiv des Parteihistorischen Instituts des ZK der USAP) – im weiteren: PI Archivum – Ágoston Péter gyűjtemény (Sammlung Péter Ágoston). Napló. 3. é. Die Aufzeichnungen Ágoston in der Sitzung vom 1. August 1919.

- ³ Siehe diesbezüglich: *Kirschner, B.*: A szakszervezeti kormány hat napja (Sechs Tage der Gewerkschaftsregierung). Budapest, 1968. S. 48–60. – Laut Böhm's Memoiren lautete der aus acht Punkten bestehende Vorschlag der Entente-Beauftragten vom 23. Juli, den ausser Böhm auch Peyer und Weltner angenommen haben wie folgt:
1. Die Macht hat eine diktatorische Regierung zu übernehmen. Es wäre zweckmässig wenn die Folgenden Männer in der Regierung Platz nehmen würden: Haubrich, Ágoston und Garami.
 2. Die kommunistische Regierung Kuns ist zu entfernen, der Bolschewismus zurückzuweisen; die bolschewistische Propaganda ist auf der ganzen Linie einzustellen.
 3. Die Diktatur möge nur eine Überbrückung zur Bildung einer Regierung sein, in der sämtliche Klassen vertreten sind.
 4. Jede terroristische Handlung, Konfiskation und Beschlagnahme sind sofort einzustellen.
 5. Zur Unterstützung der Regierung ist ein Ententerat einzuladen.
 6. Die Blockade wird aufgehoben, seitens der Entente werden unverzüglich Massnahmen zur Lieferung von Lebensmitteln und Kohle, sowie zur Unterstützung einer Eröffnung des Donauverkehrs getroffen.
 7. Jedwede politische Verfolgung ist einzustellen.
 8. In Sachen der Sozialisierung wird die endgültige Entscheidung der ständigen Regierung vorbehalten.“ (*Böhm, V.*: Két forradalom tüzében (Im Feuer zweier Revolutionen). München, 1923. S. 445–446).
- ⁴ PI Archivum. Ágoston Péter – gyűjtemény. Napló, 3. öe. Aufzeichnung Ágoston in der Sitzung vom 1. August 1919.
- ⁵ A. a. O.
- ⁶ A. a. O. und a. a. O. Népbiztosper (Prozess der Volkskommissare). Aussage Dezső Bokényi's vom 9. Juli 1920. In bezug auf das Auftreten Tibor Szamuely's siehe auch a. a. O. die Aussage József Haubrich's vom 7. Juli 1920 und die von Antal Dovesák vom 12. Juli 1920.
- ⁷ A. a. O. Rudas, L.: A szakadás okmányai. Adalékok a magyarországi proletárdiktatúra bukásához (Die Dokumente der Spaltung. Beiträge zur Niederlage der Diktatur des Proletariats in Ungarn). Wien, 1920. S. 63–64.
- ⁸ A. a. O.
- ⁹ PI Archivum. Népbiztosper. Aussage József Haubrich's vom 17. Juli 1920.
- ¹⁰ A. a. O. A. Kézponti Munkás és Katonatanács jegyzőkönyvei (Protokolle des Zentralen Arbeiter- und Soldatenrats). 1919. Juni–August. – Das zeigte auch die von Kun abgehaltene Funktionärversammlung an, in der die Designierung der Leiter der illegalen Partei-Aufbauarbeit erfolgt ist. (A. a. O. H–I–46. Memoiren von György Lukács und H–XV–1/13. die von Gyula Hevesi.)
- ¹¹ A. a. O.
- ¹² A. a. O.
- ¹³ Siehe z. B. Az OK(b)P Kézponti Bizottsága magyar csoportjának határozata Magyarország Forradalmi Bizottságának megalakításáról (Beschluss der ungarischen Gruppe des Zentralkomitees der K(b)PR über die Bildung des Revolutionskomitees in Ungarn). 6. August 1919. (PI Archivum. F. 966/3.34 öe. I. 1. (russisch); Vörös Újság, herausgegeben von der ungarischen Gruppe der Kommunistischen Partei Russlands, Moskau, 31. August 1919. A szibériai reakció tanulságai (Die Lehren der sibirischen Reaktion); a. a. O. Erőtlén forradalom (Kraftlose Revolution). A magyar internacionalisták a Nagy Októberi Szocialista Forradalomban és a polgárháborúban 1917–1922 (Die ungarischen Internationalisten in der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution und im Bürgerkrieg 1917–1922). Band I. Budapest, 1967. S. 317–318; Zu dieser Zeit im Blatt der österreichischen Kommunisten Die Rote Fahne erschien kurze Artikel. – Darauf weisen auch jene Verhaftungen und Urteile hin, die das konterrevolutionäre Ungarn gegen jene vorgenommen hat, die für eine Wiederherstellung der Proletarietdiktatur aufgetreten sind. Als besonders interessant ist zu erwähnen, dass hinsichtlich einer internationalen Hilfe nicht allein gegenüber Sowjetrussland Hoffnungen gehegt wurden, sondern auch von serbischer, tschechischer, österreichischer, polnischer und sogar englischer Seite erwarteten einzelne Hilfe. (IP Archivum. Szombathelyi Büntetőtörvényszék (Szombathelyer Strafgerichtshof). 1919–B–1755; a. a. O. Nagykanizsai Ügyészség (Nagykanizsaer Staatsanwaltschaft). 1919–IV–979; Miskolci Büntetőtörvényszék (Miskolczer Strafgerichtshof). 1920–B–2949 usw.)

- ¹⁴ Kun, B.: Válogatott írások és beszédek (Ausgewählte Schriften und Reden). Budapest, 1966. Bd. II. S. 16. — Kuns Schrift, zu der er das Nachwort im Januar 1920 beendet hat und so zur Ausgabe gelangte, erschien 1920 in ungarischer, deutscher und italienischer Sprache. Die deutschsprachige Ausgabe (Von Revolution zu Revolution, Wien, 1920. Genossenschaftsverlag der „Neuen Erde“, 55 Seiten) hat auch Lenin durchgesehen und schrieb folgende Eintragung an das Ende Buches: „In der Broschüre sind die Festigkeit der revolutionären Überzeugung des Verfassers, sein unerschütterlicher Glaube an die Revolution gut, gut sind auch seine Bemerkungen darüber, wie die Partei sein soll. Gut ist die Beurteilung der Sozialdemokratie. Ein gewaltiger Mangel ist hingegen — das vollständige Fehlen von Tatsachen. Von den 55 Seiten sollten 40 mit genauen Angaben ausgefüllt werden (die sozialdemokratische Partei und die Revolution, sowie die Geschichte der Konterrevolution in Ungarn) — es müsste eine Skizze der Tatsachen geboten werden und bloss 15 Seiten für die Bewertung bleiben. Ohne eine derartige Umarbeitung ist die Broschüre ausserordentlich schwach, unbrauchbar.“ (PI Archivum, 676. F. 2. cs. 6e. — Zitiert von Réti, L.: Lenin és a magyar munkásmozgalom (Lenin und die ungarische Arbeiterbewegung). Kossuth Könyvkiadó, 1970. S. 233.)
- ¹⁵ Kun, B.: Válogatott írások és beszédek (Ausgewählte Schriften und Reden). Budapest, 1966. Bd. II. S. 18–19.
- ¹⁶ A. a. O., S. 36.
- ¹⁷ A. a. O., S. 25–36.
- ¹⁸ A. a. O. S. 26. — In dieser Periode meinte die internationale kommunistische Bewegung, dass sich nicht nur Deutschland, sondern auch Italien in einer solchen Situation befinden, die der Revolution des Proletariats entgegensteht. Lenin schrieb z. B. in seinem Brief an Serrati von Ende Oktober — der am 5. Dezember 1919 in der *Avanti* veröffentlicht wurde —, dass es wohl möglich sei, dass England und Frankreich mit Hilfe der italienischen Bourgeoisie einen vorzeitigen Aufstand entfesseln wollen, dies wird ihnen aber nicht gelingen. „Die grossartige Arbeit der italienischen Kommunisten ist die Gewähr dafür, dass sie das gesamte Industrieproletariat und das ganze Dorfproletariat plus die Kleinbauernschaft erobern werden, und dann wird der Sieg der Proletariatsdiktatur in Italien — falls der internationale Zeitpunkt richtig gewählt wird — von Dauer sein...“ (Lenin: an Genossen Serrati und sämtliche italienischen Kommunisten. 18. Oktober 1919. *Lenin Művei* (Lenins Werke), Bd. 30. Budapest, 1954. S. 76–77.) Auch im Aufruf des Komintern vom 18. November sprach er davon, dass mit Hilfe der internationalen Revolution die Behebung der ungarischen Konterrevolution zu erwarten ist. „Diese bürgerliche Ordnung — ist dort zu lesen — wird dann eine neue Welle des Aufstands in Ungarn wegfegen, da er die Unterstützung der Arbeiterschaft und Bauernschaft einer Reihe von Ländern geniessen wird.“ (An die Arbeiter aller Länder. Die Kommunistische Internationale. November–Dezember 1919. Nr. 7–8. S. 187.)
- ¹⁹ A. a. O. S. 44.
- ²⁰ A. a. O. S. 44–45.
- ²¹ A. a. O. S. 42.
- ²² A. a. O. S. 22 und 30.
- ²³ A. a. O. S. 30.
- ²⁴ A. a. O. S. 45.
- ²⁵ Radek schrieb nämlich in seinem Artikel Die Lehren der ungarischen Revolution. Die Internationale, 25. Februar 1920. Heft 21, S. 56–60, dass im Westen die Sozialdemokratie immer mehr gezwungen ist, sich dort, wo die kommunistische Partei im Entstehen begriffen ist, auf den Boden des Kommunismus zu stellen. So ist es überall möglich, dass die Kommunisten durch die Ereignisse vor die Notwendigkeit einer Koalition gestellt werden, und die Massen des Proletariats, die sich nach einer Einheit sehnen, sie überall dazu drängen werden mit den Sozialdemokraten nicht nur ein Bündnis zu schliessen, sondern sich mit ihnen zu vereinigen.“ (Was sagt die II. Internationale von der Revolution der Proletarier in Ungarn?) Artikel von G. Sinowjew und K. Radek. Aufruf des westeuropäischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale). Die Einleitung und das Nachwort schrieb Béla Kun. Moskau, 1920. Zentralbüro der Ungarischen Agitationsabteilung der KPR (Kommunistische Könyvtár), S. 16. Indem Kun die sozialdemokratische Politik der Ungarischen Räterepublik verfolgte, anerkennt er, dass unter den gegebenen Verhältnissen die Vereinigung richtig war, und eine Koalition — seiner Meinung nach —

die Niederlage früher zur Reife gebracht hätte, und erklärte zusammenfassend folgendes: „Es mag möglich sein, dass unser Genosse und Freund Radek insofern recht hat, dass in den westeuropäischen Ländern der Sieg der Revolution, die Institutionalisierung der Diktatur eine Koalition der verschiedenen Arbeiterparteien erfordert. In Ungarn aber ist dieser Standpunkt infolge der Revolution bereits überholt. Die Räterepublik ist in Ungarn anders, wie unter einer rein kommunistischen Parteiführung unvorstellbar.“ (Béla Kun: *Válogatott írásk...* gen. Werk. Bd. II, S. 86. Mit mond a III. Internacionálé a magyarországi proletárforradalomról? (Was sagt die III. Internationale über die Revolution des Proletariats in Ungarn?) Béla Kun: *Néhány megjegyzés jóhiszeműek számára. Utóhang* (Einige Bemerkungen für Gutgläubige. Nachklang). Wien, Verlag der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs, 1920.)

²⁶ Die sozialdemokratische Führung rief z. B. im September in einer Flugschrift in folgender Formulierung zum Frieden unter den Klassen auf: „... möge jetzt der Klassenkampf innenhalten, mögen alle Gegensätze der Rasse, Nation und Konfession verstummen. Gegenüber der destruktiven Koalition bilde sich eine Koalition solcher Elemente, die den Wiederaufbau und die Erhaltung des Staates wünschen, es komme eine allgemeine Versöhnung, eine solidarische Zusammenarbeit der Anhänger einer friedlichen Produktion und Wiedergutmachung zustande. Die Gegensätze, die zwischen uns bestehen, können wir später erledigen, vorerst retten wir das Land.“ (Dokumentumok a magyar forradalmi munkásmozgalom történetéből (Dokumente aus der Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung – im weiteren DMFMT) 1919–1920. Budapest, 1964. S. 58.)

²⁷ Anfang September sprach z. B. ein sozialdemokratischer Aufruf davon, dass die organisierte Arbeiterschaft „mit der Sehnsucht nach dem Wiederaufbau des Landes hier steht und auf die richtigen Partner wartet, um mit ihnen im edlen Schwung der Arbeit und des Fleisses vereint diesem unglücklichen Land den Weg in eine glücklichere Zukunft zu brechen.“ (PI. Archivum Buchinger-gyűjtemény (Buchinger-Sammlung) 1919.)

²⁸ Kun Béla *Válogatott...* gen. Werk. Bd. II. S. 29.

²⁹ A. a. O. 27, 30.

³⁰ *Fehér, A.: A Magyarországi Szociáldemokrata Párt újjászervezése és politikája – 1919. augusztus 6. – 1919 november 23.* (Neuorganisation und Politik der Sozialdemokratischen Partei Ungarns – 6. August 1919–23. November 1919). (Párttörténeti Közlemények, 1963. Nr. 1, S. 76.)

³¹ Zu Beginn der Konterrevolution repräsentierte die extrem-reaktionäre Kraft der sog. Christliche Block. Diesem gehörte die Christlich-Soziale Wirtschaftspartei an, die als Nachfolgerin der Volkspartei aus der Fusion verschiedener christlichsozialer Organisationen zustandekam. Seine bekanntesten Führer waren der gewesene Lehrer Károly Huszár und der päpstliche Prälat Sándor Ernsts, die gemeinsam mit Ödön Beniczky, István Rakovszky und anderen Sándor Giesswein und Ádám Persián, die auch soziale und demokratische Bestrebungen vertreten haben, in den Hintergrund drängten. (*Gergely, J.: A Magyarországi Radikális Keresztényszocialista Párt*) Die Radikale Christlichsoziale Partei Ungarns (*Századok*, 1972, Nr. 4–5, S. 1044.) Die Christlich-Soziale Wirtschaftspartei vereinigte sich im September 1919 mit der anderen Partei des Blocks, der Christlich-Nationalen Partei, der auch Friedrich angehörte. In der Realisierung der Fusion spielte die Gruppe Bethlen-Teleki eine initiativ Rolle. Die vereinigte Partei funktionierte fortan als Christlich-Nationale Vereinigungspartei (KNEP), in der verschiedene legitimistische Gruppen zusammenarbeiteten. Die dritte Partei war die Christliche Landwirtepartei, hinter der der Landesverein der Ungarischen Landwirte (OMGE) und der Landwirteverband standen. Zu ihren Leitern zählten der reiche Bauer aus dem Komitat Győr, István Sokorópátkai Szabó und der Grossgrundbesitzer Gyula Rubinek, Direktor des OMGE. Diese Partei vereinigte sich nach dem Einzug Horthys in Budapest mit der unter der Leitung von Kulaken stehenden Kleinlandwirtepartei, deren Führer, István Nagyatádi Szabó bis zum November mit den Liberalen liebäugelt hat. Die Partei hatte infolge ihrer Agrardemagogie einen starken Bauerneinfluss. Dieser Umstand spielte eine bedeutende Rolle darin, dass das Oberkommando die Fusion der Kleinlandwirtepartei erzwang. Von da an verminderte sich die Rolle Nagyatádi's in der vereinigten Partei, und neben Rubinek trat eher die Person Gaszton Gaál's in den Vordergrund. In diese trat übrigens auch Gyula Gömbös ein, der als Leiter der Gruppe der freien Königswähler eine Rolle spielte. Als Verbündete des Christlichen Blocks zählte auch die unter der Führung des Grosskaufmanns Ferenc Heinrich stehende grosskapitalistisch-konservativ gerichtete Par-

tei, die Nationale Bürgerpartei. Diese spaltete sich Ende 1919, und die Heinrich-Gruppe gründete die nationale Mittelpartei, die Lovász-P. Ábrahám-Gruppe hingegen die Nationale Landespartei, die später die Bezeichnung 48er Unabhängigkeitspartei aufnahm und es einige Zeit mit den Liberalen hielt. Zu den liberalen Parteien zählten neben der von Vilmos Vázsonyi geleiteten Demokratischen Partei, deren bedeutendste Massenbasis aus dem Budapester Kleinbürgertum rekrutierte, die von der Gruppe Ugrén-Bárczy geführte Nationale Liberale Partei. Hinter ihr standen die Gruppe der Grosskapitalisten und ein Teil der Mittelbourgeoisie. Die beiden Parteien vereinigten sich zur Zeit der Regierung Friedrich unter der Bezeichnung Nationale Demokratische Partei. Später entstanden aber auch in dieser Partei verschiedene Gruppen und es kam zu Austritten. (Nemes, D.: Az ellenforradalom története Magyarországon 1919–1921 (Geschichte der Konterrevolution in Ungarn 1919–1921 (Budapest, 1962. S. 52–57.) (Mészáros, K.: Magyarország története 1919–1929. Egységes jegyzet kézirat) Geschichte Ungarns 1919–1929. Einheitliches Skripten-Manuskript. (Budapest, 1964. S. 11–13.)

32 PI. Archivum. A XVII.1/1919/24. Az MSZDP rendkívüli pártgyűlésének jegyzőkönyve (Protokoll der ausserordentlichen Parteiversammlung der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei).

33 In bezug auf obiges siehe: Ránki, Gy.: A Clerk misszió történetéhez (Zur Geschichte der Mission-Clerk). Történelmi Szemle, 1967, Nr. 2; Nemes, D.: Az ellenforradalom története... (Werk. S. 65–75; Fehér, A.: A magyarországi szocialdemokrata párt és az ellenforradalmi rendszer 1919. augusztus–1921 (Die sozialdemokratische Partei Ungarns und das konterrevolutionäre System, August 1919–1921). Budapest, 1969. S. 37–39, 46–51; Garami, E.: Forrongó Magyarország (Gärendes Ungarn). Pegazus Kiadás, Leipzig–Wien, 1922. (Dritte Auflage) S. 169–179.

34 Hadtörténelmi Intézet Levéltára (Archiv des Kriegshistorischen Instituts) – im weiteren: HIL–MNHF 1919. Gruppe 8, Unnummerierte Schriften. S. 278. 35)

35 Kun, B.: Válogatott... Bd. II. S. 37.

36 A. a. O. S. 41 – Die Bemerkung Engels', die Kun frei zitiert hat, ist in der Einleitung zum Werk „Marx: „Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850“ zu finden. (Marx–Engels: Werke). Bd. 22. Berlin 1963. S. 525.

37 A. a. O.

38 A. a. O. S. 39.

39 Vgl. Szabó, Á.: Politikai, elméleti kérdések a magyar kommunista emigrációban (Politische, theoretische Fragen in der ungarischen kommunistischen Emigration), (1919–1920). Történelmi Szemle, 1960. Nr. 3–4, S. 385.

40 Kun, B.: Válogatott... Bd. III. Gen. Werk, S. 51.

41 A. a. O. S. 47.

42 A. a. O. S. 43.

43 A. a. O. S. 46–47.

44 A. a. O. S. 45.

45 A. a. O. S. 43–44 und 45.

46 A. a. O. S. 45.

47 A. a. O.

48 A. a. O. S. 52–53 und 56–67.

49 Auch kommunistische Schriften, die vor der Studie Kun's entstanden sind, berührten zahlreiche Elemente im Zusammenhang mit den Methoden der Reaktion, dem Charakter der in Entwicklung befindlichen Macht, der Stabilität des neuen Systems. So kam es nicht nur zur Definition der Bedeutung der Offiziersgarden, sondern auch zu jener Schlussfolgerung, dass die Zeit der nackten Diktatur der Bourgeoisie eingetreten ist. Die Reaktion hingegen, wurde trotz ihrer gegenüber der Arbeiterklasse in Erscheinung tretenden Einheit, infolge ihrer internen Gegensätze, die auch in den Wandlungen der Zusammensetzung der Regierung zum Ausdruck kamen, so betrachtet, dass sie in Teile zerfallen ist. In dieser Hinsicht gelangten sie andererseits, wegen des oppositionellen Verhaltens der Arbeiterklasse zu jener Schlussfolgerung, dass die Konterrevolution in Wirklichkeit kraftlos ist. Die Artikel enthielten jedoch auch Momente, die der Wahrheit nicht in allem entsprochen. So war unter anderem jener Optimismus unbegründet, dass der erste revolutionäre Windstoss das konterrevolutionäre System einem Kartenhaus gleich zusammenstürzen werde. In ähnlicher Weise war auch jene Formulierung nicht frei von Problemen – zu der das Beispiel die Lage in Sibirien geliefert hat, wonach das revolutionäre

Auftreten der Arbeiterklasse um so früher in Erscheinung treten wird, je größer die Unterdrückung ist. Nicht weniger unbegründet war auch jene Folgerung, welche die Tatsache, dass die Friedrich'schen Figuren in den Vordergrund gelangten und die Führer der vormaligen herrschenden Klassen in den Hintergrund rückten, so auffassten, als ob in der Gesellschaft bereits ein Platzwechsel zu Gunsten der Mittel- und Kleinbourgeoisie erfolgt wäre. (Bezüglich des Obigen siehe unter andrem: Die Rote Fahne (Wien) 7. August 1919. Der weisse Terror in Ungarn; Vörös Újság (Moskau) 31. August 1919. A szibériasi reakció tanulsága (Lehre der sibirischen Reaktion); A. a. O. Erötlén ellenforradalom (Kraftlose Konterrevolution); A. a. O. 28. September 1919. Magyar burzsoázia és román hódítók (Ungarische Bourgeoisie und rumänische Eroberer); a. a. O. 27. September 1919. Igaz megvilágításban (In wahrer Beleuchtung); A. a. O. 4. Oktober 1919. Régi kutyák új nyakláncan (Alte Hunde auf neuer Halskette); usw. — Interessant ist, dass zum Artikel Sinowjew's vom August 1919 (Sinowjew: Zwei Daten — 21. Juli — 1. August, der im Jahre 1920 auch in ungarischer Sprache erschienen ist) Mit mond a III. Internacionálé a magyarországi proletárforradalomról? (Was sagt die III. Internationale über die Revolution des Proletariats in Ungarn?) die Einleitung und das Nachwort Béla Kun schrieb. Zentralbüro der Ungarischen Agitationsabteilungen der KPR. Moskau, 1920). In diesem sagt Sinowjew, dass nach dem Sturz der Regierung Peidl die Macht in die Hände der Bankiers und Agrarier geriet und es zur unverblühten Diktatur der Grundbesitzer kam. Zugleich bemerkte er hinsichtlich der Möglichkeit einer neuerlichen Proletariatsdiktatur, dass wo die Arbeiter die Rätemacht einmal kennengelernt haben, dort keine andere Regierungsform dulden, wie dies das Beispiel Denikin-Koltshak beweist, woraus er zu der Folgerung gelangt ist, dass als die imperialistischen Truppen in Budapest einmarschiert sind, sich die Kräfteverhältnisse in Richtung der Proletariatsdiktatur zu verschieben begannen.

⁵⁰ Kun, B.: Válogatott... Bd. II. Gen. Werk. S. 18—19, 37, 52—53.

⁵¹ A. a. O. S. 56. — Wir bemerken, dass mit Horthy 525 Offiziere und 8949 Kopf Mannschaft in Budapest einmarschiert sind (HIL VKF II. 1919—1955). Im Dezember betrug die Stärke des Heeres ungefähr 48 000 Mann, deren Hälfte die Exekutive ausmachte. (Nemes, D.: Az ellenforradalom története... gen. Werk. S. 121).

⁵² A. a. O. S. 59—60.

⁵³ A. a. O. S. 60.

⁵⁴ Vgl. Szabó, Á.: A Kommunista Magyarországi Pártja az ellenforradalmi rendszer társadalmi viszonyairól (Die Kommunistische Partei Ungarns über die gesellschaftlichen Verhältnisse der Konterrevolution). 1919—1933. Társadalmi Szemle, 1962. Nr. 3—4. S. 373—374.

⁵⁵ Vgl. Ránki, Gy.: Gondolatok az ellenforradalmi rendszer társadalmi bázisának kérdéséhez az 1920-as évek elején (Gedanken zur Frage der gesellschaftlichen Basis des konterrevolutionären Systems zu Beginn der 1920er Jahre). Történelmi Szemle, 1962. Nr. 3—4. S. 354—359.

⁵⁶ Kun, B.: Válogatott... Bd. II. Gen. Werk. S. 54—56.

⁵⁷ A. a. O. S. 36—37 und 54—55.

⁵⁸ A. a. O. S. 59.

⁵⁹ A magyar internacionalisták... gen. Werk, Bd. I. S. 330. [CPA. IML. f. 17. op. 4. d. 35. éé. 5. und ob. Abschrift (russisch)].

⁶⁰ A. a. O. S. 348—349. (CPA. IML. F. 17. op. 7. d. 92. 1. 3. Maschinen-Reinschrift (russisch)).

⁶¹ Pl. Archivum. 500. f. 2/3 öe. S. 5—14. Die Thesen führen den Titel „A proletariátus feladatai a magyarországi forradalomban“ (Aufgaben des Proletariats in der ungarischen Revolution). Im März 1920 wurden sie in Omsk — obwohl sie auch das Moskauer Blatt Vörös Újság am 8. Februar 1920 veröffentlicht hat — unter dem Titel „A proletariátus pártjának feladatai a magyarországi forradalomban (Aufgaben der Partei des Proletariats in der ungarischen Revolution“ auch gesondert herausgegeben, mit Ausnahme der Teile bezüglich der Gewerkschaften, der Bodenfrage und der Nationalversammlung. Die Omsker Ausgabe ist auch im Archiv des Parteihistorischen Instituts unter F. 966/17 Rolle (12/13 öe. vorzufinden. Die Thesen über die Bodenfrage sowie der Nationalversammlung veröffentlichte hingegen das Blatt Vörös Újság (Moskau) am 18. und 25. April in vollem Umfang.

⁶² A. a. O. S. 5.

⁶³ A. a. O.

⁶⁴ A. a. O. S. 7.

- 65 A. a. O. S. 5–6.
- 66 Kun, B.: Válogatott... gen. Werk. Bd. II. S. 60–61.
- 67 PI. Archivum 500 f. 2/3. 6e. S. 7.
- 68 A. a. O. S. 7 und 11.
- 69 A. a. O. S. 11.
- 70 A. a. O. S. 12.
- 71 A. a. O. S. 11–12 und Vörös Újság (Moskau) 18. April 1920. „A földkérdés a proletárdiktatúra első szakaszában” (Die Bodenfrage in der ersten Phase der Diktatur des Proletariats).
- 72 A. a. O. S. 12.
- 73 A. a. O. S. 7 und 12.
- 74 Kommunistisches Internationales. Nr. vom 5. September 1919, S. 642. A. Rudnjanski: Professionalnye Sojusy i Kontr-Revolucija v Vengrii.
- 75 A. a. O.
- 76 PI. Archivum 500 F. 2/3. 6e. S. 13–14. — Die positive Beurteilung des Parlamentskampfes hing wahrscheinlich mit dem Rundschreiben des EK der Komintern vom 1. September 1919 zusammen. (Rundschreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Die Kommunistische Internationale. 1919. Nr. 3. S. 71–74.). Im übrigen verstand auch ein Teil der kommunistischen Leiter — Lukács, Kun, Rudas usw. — die Rolle des Parlaments lange Zeit nicht, weshalb sie auch Lenin gerügt hat. (Lenin: Kommunismus (Kommunismus) 12. Juni 1920. Lenin Művei, Bd. 31. Budapest. 1951. S. 160–162). Das Verhältnis der ungarischen kommunistischen Leiter zur Tätigkeit des Parlaments analysiert eingehend die gen. Studie von Ágnes Szabó: Politikai elméleti kérdések... Hierzu liefert einen Beitrag Jász, D.: Budapestől Budapestig (von Budapest bis Budapest), Budapest, 1971. S. 167.) In ähnlicher Weise war die diesbezügliche theoretisch-politische Tätigkeit der ungarischen Leiter durch die Kritik des II. Kongresses der Komintern bezüglich der Zeitschrift Kommunismus betroffen. (Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Verlag der Kommunistischen Internationale. Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley. Hamburg. S. 764). Kun anerkannte jedoch in seinem vor dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale verfassten Artikel im allgemeinen bereits die Notwendigkeit des Parlamentskampfes, und schrieb darüber, dass der Boykott kein bolschevistischer Grundsatz ist. Hinsichtlich Ungarns wies er aber den Parlamentskampf zurück, was er teils mit dem Terror, teils damit begründet hat, dass die Arbeiterklasse Ungarns schon „über die Illusionen des Parlamentsystems hinaus ist, ohne jemals im Parlament vertreten gewesen zu sein“. (Proletár, 15. Juli 1920. A III. Internacionálé kongresszusa (Kongress der III. Internationale).
- 77 Bezüglich der eingehenden Zusammenfassung siehe: A magyarországi munkásmozgalom 1919–1929 (Die Arbeiterbewegung in Ungarn 1919–1929). Budapest, 1957–1958. S. 25–26. Vass, H.: A párttörténetírás és oktatás egyes feladatairól a VIII. kongresszus határozatainak tükrében (Über einige Aufgaben der Parteigeschichtsschreibung und des Unterrichts im Spiegel der Beschlüsse des VIII. Parteitag). (Párttörténeti Közlemények, 1963. Nr. 2, S. 21–22); Szabó, Á.: Politikai, elméleti kérdések... gen. Studie, S. 390–391; A magyar forradalmi munkásmozgalom története (Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung). Bd. 2. Budapest, 1967. S. 18–24 und 35–38; Kirschner, B.: Stellungnahme der Kommunistischen Partei Ungarns zu der Frage der demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern zwischen 1924–1927. (Annales Universitatis Scientiarum Budapestensis de Rolando Eötvös Nominatae. Sectio Historica. Tom. V. Bp. 1963. S. 210–215).
- 78 PI. Archivum, 500 f. 2/3. 6e. S. 13.